



| Aalen

Resolution

Für den Erhalt des Bildungszeitgesetzes in Baden-Württemberg

Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Aalen

Die Bildung steht im Zentrum vieler Debatten. Beispiele hieraus:

- Seit Jahren wird der drohende Fachkräftemangel gerade auch von der Industrie in Baden-Württemberg als Schreckensszenario herauf beschworen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ aufgefordert, sich immer wieder weiterzubilden und sich damit auf die Anforderungen der zukünftigen Arbeitswelt einzustellen („Fachkräfteland“ – Koalitionsvertrag Bündnis 90 Die Grünen und CDU 2016)
- Es wird zu Recht beklagt, dass rechtsradikale, antidemokratische und rassistische Einstellungen zunehmen. „...Wir leben in rauen Zeiten: Oft ist nicht mehr erkennbar, was wahr ist und was falsch. Vor allem in den sozialen Netzwerken wird fast grenzenlos gelogen, beschimpft, verletzt ...Das fällt umso leichter, als Emotionen für die Meinungsbildung oftmals entscheidender geworden sind als Fakten“ (Bundespräsident a.D. Gauck 18.01.2017)
- Es wird zu Recht gefordert, dass wir uns für unsere Demokratie engagieren. „Verteidigen wir stattdessen die Demokratie als eine Macht, die sich dem Argument anvertraut und sich von ihm leiten lässt.“ (Bundespräsident a.D. Gauck 18.01.2017)

Das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg hat endlich einen gesetzlichen Rahmen geschaffen, mit dem Arbeitgeber Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern können, die den Beschäftigten selbst als nützlich für den Betrieb und die Gesellschaft erscheint.

Das Bildungsgesetz hat dazu beigetragen, dass viele Beschäftigte erstmals die Möglichkeit hatten an Schulungen zur politischen Bildung teilzunehmen. Politische Bildung schafft die Grundlage dazu, dass sich die Einzelnen bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen einbringen. Sie stärkt die grundlegenden Werte einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Diese Bildung fördert einen wichtigen Teil auch in der Umsetzung der Herausforderungen, welche im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90 Die Grünen und der CDU in Baden-Württemberg niedergeschrieben sind. Wie anders sollten z.B. „Mit Herz und Hand – in Europa und der Welt und bei der Integration“ wohl Mehrheiten in der Bevölkerung gefunden werden, angesichts zunehmendem Rechtspopulismus.

Das Bildungszeitgesetz hat für die IG Metall vielerorts in Baden-Württemberg, trotz Widrigkeiten, wie z.B. unrechtmäßige Ablehnungen des Anspruchs durch einzelne Arbeitgeber, bereits Erfolge gezeigt. Auch in unserer Bildungsregion (IG Metall Heidenheim, Aalen und Schwäbisch Gmünd) haben bereits viele Beschäftigte an Seminaren zum besseren Verständnis von Zusammenhängen in Wirtschaft, Betrieb und Gesellschaft teilgenommen.

Politische Bildung und allgemeine Bildung für das Ehrenamt soll nach Meinung einiger Regierungsmitglieder wieder zum „Privatvergnügen“ des Einzelnen werden.

Ehrenamtliche sollen wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernehmen. So steht im Koalitionsvertrag Bündnis 90 Die Grünen und CDU Baden Württemberg 2016, „Vereine helfen bei der Integration“, die dafür notwendige Bildung wird auch bei diesen vereinsaktiven Ehrenamtlichen in Frage gestellt.

Auf der einen Seite den Verfall demokratischer Werte und Handlungen beklagen, auf der anderen Seite politische Bildung abschaffen?

Auf der einen Seite den britischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bescheinigen, dass sie angeblich nicht begriffen haben, was der Brexit für sie bedeutet, auf der anderen Seite verhindern, dass durch politische Bildung auch bessere Kenntnisse über die Funktionsweise unserer Wirtschaft vermittelt werden?

Auf der einen Seite im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90 Die Grünen und der CDU in Baden Württemberg, dass „Land der Zivilgesellschaft“ mit den Worten „unverzichtbar, beispielhaft und wirkungsvoll“ loben, auf der anderen Seite den Feuerwehrleuten, Sanitätern, Landfrauen, Sportlern, Gewerkschaftern, Flüchtlingshelfern und vielen anderen die notwendige und gewollte Bildung wieder erschweren?

Bildung ist eben nicht auf einen Kostenfaktor in der Bilanz zu reduzieren. Bildung macht unsere Demokratie stark, unsere Arbeit produktiv und unsere Gesellschaft zukunftsfähig. Bildung schafft Chancen. Für jeden Einzelnen. Für alle.

Wir fordern daher:

FINGER WEG VOM BILDUNGSZEITGESETZ. FÜNF BEZAHLTE TAGE IM JAHR, FÜR ALLGEMEINE, POLITISCHE UND BERUFLICHE BILDUNG, MÜSSEN BLEIBEN.

Aalen, 26. September 2017